Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 68 (1976)

Heft: 3

Artikel: Indien unterm Ausnahmezustand

Autor: Bergmann, Theodor

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354793

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Indien unterm Ausnahmezustand

Theodor Bergmann

Die Grossmacht Indien mit 600 Millionen Menschen macht bei uns selten positive Schlagzeilen: Hunger vieler Millionen, Hilfeersuchen, Weizenimporte, 10 Millionen Flüchtlinge aus Ostpakistan, Sieg über Pakistan und Geburtshilfe für das neue Bangladesh; Feindschaft mit China, Freundschaft mit der Sowjetunion; erste Atomexplosion; heilige Kühe, Kastenwesen, Maharajas und orientalischer Reichtum; bettelnde, von Hunger aufgedunsene Kinder; Korruption; Wahlsiege 1971, Wahlniederlage 1975 im Bundesstaat Gujarat; Verurteilung von Premierminister Indira Gandhi, schliesslich Ausnahmezustand und Massenverhaftung von Oppositionsführern – so könnte man im Telegrammstil weitermachen. Bilder und Fetzen huschen an unserem Gedächtnis vorbei. Mit folgendem Beitrag soll der innere, innenpolitische und soziale Hintergrund aufgehellt werden.

Das Fliessgleichgewicht der Innenpolitik

Indien ist wegen seiner Grösse und Entfernung, der Mängel der Nachrichtenverbindung, wegen der sprachlichen Verständigungsprobleme als föderalistischer Bundesstaat aufgebaut. Die Teilstaaten wurden 1956 im wesentlichen nach den Hauptsprachen geformt. Damals waren es 15, jetzt infolge religiöser und ethnischer Spannungen bereits 22 Teilstaaten, jeder mit einer Landesregierung, vielen Ministern und einem Gouverneur als Vertreter der Zentralregierung in Neu-Delhi. In heiklen, lebenswichtigen Fragen verhandeln die Bundesländer hart gegeneinander und ringen um ihren Anteil am Kuchen, ohne allzuviel Rücksicht auf Nachbarstaaten und Brüder zu nehmen, so bei der Verteilung des Flusswassers, bei der Reisvermarktung und dem Ausgleich zwischen Überschuss- und Hungergebieten. In den Teilregierungen und Länderparlamenten haben die grossen Grundbesitzer und die Provinzgewaltigen ihre starken Positionen, die voll zur Erhaltung der Privilegien genutzt werden.

Die Zentralregierung in Neu-Delhi geht aus allgemeinen, gesamtindischen Wahlen hervor und wird nach den Mehrheitsverhältnissen im Unterhaus des indischen Parlaments gewählt. Das Oberhaus repräsentiert die Länder und hat nur mässigen Einfluss auf die Gesetzgebung. Auf der zentralen Ebene – Parlament und Regierung – wirkt das System demokratischer, weil nicht so direkt den Einflüssen der lokalen und regionalen Machtstrukturen unterworfen. Hier gehen sozialistische Bekenntnisse, Aufrufe zur Beseitigung der Armut, zu einer energischen Agrarreform und andere Radikalismen leichter von der Zunge. Sie entsprechen dem Wunsch breiter Mas-

sen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Fortschritt in Gleichheit, vielleicht auch dem ehrlichen Willen des weiblichen Premierministers. Aber Macht und Einfluss der Zentralregierung sind gering, sofern sie nicht ihre Wünsche und Vorschläge mit Bundesmitteln unterstreichen kann, zumal der grösste Teil der Staatsbürokratie und der Parteiapparate mit den ökonomisch Mächtigen die soziale Herkunft teilt.

Jedesmal, wenn der europäische Leser Alarmnachrichten aus dem fernen, exotischen Indien hört oder liest, ist er geneigt, an den bevorstehenden Zusammenbruch von Regierung und Wirtschaft zu glauben. Aber 29 Jahre nach der Unabhängigkeit funktioniert das Land noch einigermassen, während bei derartig grossen und massierten Schwierigkeiten viele unserer Politiker längst das Handtuch geworfen hätten. Die Kunst des Regierens in einer so hohen und von der indischen Realität so weit entfernten Zentrale ist wie das Sitzen auf dem Waagbalken, der Versuch, die vielen, widerstreitenden Interessen und sozialen Kräfte durch ein Minimum an Gewichtsverschiebung auszubalancieren. Das ergibt zwar kein stabiles Gleichgewicht, aber bei viel Geschicklichkeit und Landeskenntnis ein Fliessgleichgewicht. Während man hier fast bei jeder Krise vermeint, das letzte Stündlein der Regierungschefin oder der grössten Demokratie der Erde habe geschlagen, wird dort weiter regiert, werden Krisen ausgeglichen. Aber die grossen Grundprobleme bleiben ungelöst.

Indiens riesige Probleme

Während die Bevölkerung schnell wächst – um mehr als 12 Millionen Münder im Jahr –, erhöht sich die Erzeugung in Landwirtschaft und Industrie nur langsam und mit fortwährenden Rückschlägen. Die Fast-Stagnation hängt damit zusammen, dass alle gesellschaftlichen Reformen auf halbem Wege steckengeblieben sind. Die Agrarreform wurde und wird nicht durchgeführt. Das Kastenwesen, die immobilste und härteste Klassengesellschaft unserer Zeit, besteht weiter. Die Zwergbauern können sich nicht entfalten, weil sie in Teilpacht das Land bewirtschaften, 50 Prozent des Rohertrags einem parasitären Grundbesitzer abgeben müssen. 40 Prozent leben unter der Armutslinie, haben also weniger als das gewiss magere Existenzminimum, sind daher nicht voll arbeits- und lernfähig. Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ist so gross, dass sie seit einigen Jahren nicht einmal mehr geschätzt wird. 1971 wurde sie auf 9 Millionen Arbeitslose und fast 37 Millionen Unterbeschäftigte beziffert. Die Alphabetisierung macht langsame Fortschritte: Man rechnet, bis 1978/79, zum Ende des 5. Fünfjahresplanes, wenigstens alle schulfähigen Kinder von 7 bis 11 Jahren eingeschult zu haben. Die Slums der Grossstädte wachsen und bieten unbeschreibliche, unmenschliche Lebensbedingungen.

Dabei sind die Entwicklungsaufgaben so gross und so umfassend, dass eigentlich Mangel an Arbeitskräften bestehen sollte. Auf allen Gebieten gäbe es Neues zu schaffen, in Agrarproduktion und Bewässerung, in der Versorgung mit Artikeln des Massenkonsums, im Häuser- und Städtebau, beim Ausbau der öffentlichen Dienste, Trinkwasser, Elektrizität, Strassen, Verkehr und und und ... ohne Ende.
Es ist nicht Faulheit der Menschen, die die Aufbauanstrengungen bremst und lähmt, sondern physische Schwäche und soziale Unterdrückung. Denn auch nach dem Abzug der englischen Kolonialherren im Jahre 1947 bleiben die von ihnen konsolidierten Herrschaftsstrukturen im wesentlichen erhalten. Die indischen Ausbeuter, Grossgrundbesitzer, Industrielle, demokratisierte Maharadschas fühlen sich wohl im Besitz der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Macht und gedenken sie aufrechtzuerhalten. Farbige Ausbeutung ist nicht besser als weisse Ausbeutung. Der nächste innenpolitische Schritt muss daher sein, die nationale Solidarität des Unabhängigkeitskampfes zu den Akten zu legen und ein neues Blatt aufzuschlagen: Auseinandersetzung der hungrigen, ausgebeuteten indischen Massen mit ihren indischen Unterdrückern, Klassenkampf um die Bestimmung darüber, wie die grossen sozialen Fragen zu lösen sind, auf dem Wege des wirklichen Sozialismus oder auf kapitalistischen Wegen.

Das Parteiensystem

Die wichtigste und stärkste Partei ist der indische Nationalkongress, der bis 1947 alle die Gruppen und Personen umfasste, die die Unabhängigkeit wollten. Im jetzigen Parlament verfügt er mit 348 Sitzen genau über die Zweidrittelmehrheit. Dazu gehörten als Massenbasis die Zwergpächter, Kleinstbauern, Landarbeiter, die Arbeiter der grossen Industrien in Bombay, Madras und Calcutta; die indischen Industriellen und Intellektuellen, die mittleren Beamten, die die koloniale Bevormundung leid waren, als Führungsgruppen. Sozialisten, Kommunisten, Bürgerliche, orthodox-religiöse Hindus ebenso wie marxistisch beeinflusste Freigeister (Jawaharlal Nehru) kämpften für das gemeinsame Ziel der Unabhängigkeit, das jede soziale Gruppe mit einem anderen sozialen Inhalt auszufüllen gedachte. So besteht die Kongresspartei aus drei sozialen Schichten. An der Spitze steht Indira Gandhi, die wie ihr Vater, Nehru, sozialistische Ziele verkündet, die allerdings gradualistisch, mit absichtlich kleinen Schritten verwirklicht werden sollen. Damit drückt sie Gefühle der grossen Massen aus, mit denen sie hautnahen Kontakt pflegt – eine auch physisch anstrengende Aufgabe. Diese bilden als dritte, unterste Schicht die breite Grundlage der Partei. Dazwischen stehen die Staatsmaschine, der Parteiapparat, die Hilfs- und Vorfeld-

organisationen, die viele hunderttausend Arbeitsplätze zu vergeben haben. Diese werden vorwiegend von den oberen Kasten besetzt, deren Ziel ist, die eigenen Privilegien zu erhalten. So leisten sie Lippenbekenntnisse für einen indischen demokratischen Sozialismus, verhindern aber alle ernsthaften Massnahmen, die ihre Privilegien antasten. Seit der Unabhängigkeit haben sich immer wieder Gruppen und Fraktionen von der Partei gelöst und sich selbständig konstituiert, bisher aber, ohne deren politische Vorherrschaft beseitigen zu können.

Links von der Kongresspartei gab es zwei sozialistische und drei kommunistische Parteien. Die Rechtssozialisten, zwei Parlamentarier, die aussenpolitisch weit rechts von Nehru und Indira Gandhi standen, haben sich jetzt mit einigen Unternehmerparteien zu einer indischen Volkspartei (BLD) vereinigt mit dem Hauptziel, Frau Gandhi zu stürzen. Die Linkssozialisten, drei Abgeordnete, stehen dagegen dem Kongress kritisch unterstützend gegenüber. – Die offizielle KPI – 24 Mandate – ist dem Kongress sehr nahe, seitdem Frau Gandhi sich aussenpolitisch der Sowjetunion angenähert hat, und beschränkt auch ihre innenpolitische Kritik auf das unerlässliche Minimum, was gelegentliche harte Konfrontationen nicht ausschliesst, wie beim Eisenbahnerstreik 1974. Die KPI führt eine Koalitionsregierung mit dem Kongress im südindischen Kerala. Die andere kommunistische Partei (KPI-Marxisten: 25 Abgeordnete) hatte früher mit China sympathisiert, erklärte sich aber als unabhängig, ist für gute Beziehungen auch zur Sowjetunion, opponiert aber entschieden gegen die Kongresspartei und erlaubt sich eine gemeinsame Front mit den Rechtsparteien. Beide kommunistischen Parteien sind im Zentralparlament fast gleich stark; aber ihre Hochburgen liegen in verschiedenen Regionen. Daneben gibt es eine kleinere KPI (Marxisten-Leninisten), von den Bürgerlichen meist als Naxaliten bezeichnet, nach dem bengalischen Städtchen Naxalbari, wo sie erstmalig Gewaltakte gegen Grossgrundbesitzer organisierte. Sie wird mehr von Studenten und Intellektuellen getragen, hat aber in einigen Gebieten verzweifeltes Dorfproletariat zeitweilig mobilisieren können. Die Partei unterliegt der ultra-linken Zellteilung.

Auf der Rechten war politisch zeitweilig am wichtigsten die 1970/71 von der Kongresspartei abgespaltene Kongress-Opposition – 16 Abgeordnete – unter Morarji Desai, dem langjährigen Gegenspieler und Gegenkandidaten Indira Gandhis. Obwohl die Opposition den Parteiapparat weitgehend beherrschte, erlitt sie 1971 eine schwere Niederlage, während Frau Gandhi zwei Drittel aller Mandate für ihren Flügel der Kongresspartei eroberte. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Und so schwenkten bald viele Gegner zurück zur siegreichen Regierungschefin. M. Desai vertritt einen harten kapitalistischen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung, hat auch nie den

brutalsten Einsatz von Polizei gegen demonstrierende Arbeiter gescheut, um selbst mit vielen Todesopfern den Gesetzen des Kapitalismus Geltung zu verschaffen. Ihren ersten grossen Erfolg hat die Kongress-Opposition im Juni 1975 in Gujarat errungen, wo gemeinsame Kandidaten aller Gegner des Kongresses die Mehrheit der Mandate eroberten. Diese Wahlniederlage des regierenden Kongresses hat wesentlich zu Frau Gandhis harten Massnahmen beigetragen, die Ende Juni den Ausnahmezustand verkünden und mindestens 1000 ihrer führenden Gegner verhaften liess.
Die Swatantra-Partei – 7 Mandate – ist eine konservative Partei der Unternehmer, Grundbesitzer und Maharajas; sie kämpft für Unternehmerfreiheit und Heiligkeit des Privateigentums, was die Rechtssozialisten nicht von einer gemeinsamen Parteibildung mit ihr (BLD) abhalten konnte.
Noch reaktionärer ist die Jana-Sangh-Partei – 22 Abgeordnete –, die für die Heiligkeit der Kühe, für die Erhaltung des Kastensystems eintritt, in Bombay gegen den Zuzug von Südindern Stimmung macht, gewalttätige Fremdenfeindlichkeit mit faschistoiden Zügen organisiert, in allem einen orthodoxen Hinduismus fördert. In extremen Krisen findet sie immer Widerhall, und es gelingt ihr dann, primitivste Instinkte zu entfesseln.
Neben diesen für die gesamtindische politische Szene wichtigen Parteien gibt es zahlreiche kleinere Parteien für ganz Indien oder nur in einzelnen Regionen bzw. Staaten, aber auch einige wichtige Regionalparteien, wie die DMK – 23 Mandate –, die im wichtigen Bundesland Tamil Nadu (Madras) regiert, oder die Gruppe des Sheikh Abdullah, die von Neu-Delhi nach langem Streit in Kashmir wieder an die Regierung gelassen wurde, um dieses leidige Problem endgültig zu lösen.

Die Bihar-Bewegung

Zeitweilig war die innenpolitische Bühne beherrscht von der Bihar-Bewegung unter Jayaprakash Narayan. – Bihar ist eines der schlimmsten Armenhäuser Indiens, ein dichtbesiedelter, fast rein agrarischer Bundesstaat in der östlichen Gangesebene, mit der Hauptstadt Patna. (Von dort kommt der berühmte Patna-Reis.) Das Übermass an Korruption, Misswirtschaft, Unfähigkeit hatte Massendemonstrationen provoziert, die sich zu einer losen Bewegung formierten. Sie suchte den Rat des weisen J. P. Narayan, alt, integer, parteifrei, Gandhi-Schüler, früher linker Marxist und Sozialist. Hinter diesem unverdächtigen Schild – für eine parteifreie Revolution, gegen Korruption – sammelten sich alle Gegner der Zentralregierung, von weit rechts bis zur KPI (M) in einer sehr heterogenen Gruppierung.
Einzige Gemeinsamkeit ist diese Gegnerschaft gegen Indira Gandhis Regierung. Wird sie ausreichend Zement abgeben, der diese Ele-

mente bis nach den nächsten all-indischen Wahlen zusammenhält? Wenn ja, könnten sie Einheitsfrontkandidaten aufstellen und damit die Kongresspartei schlagen, deren Sieg nur einer relativen Stimmenmehrheit zu verdanken war. (Indien hat das englische Wahlsystem, bei dem der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl gewählt ist, während alle anderen Stimmen verfallen, auf keiner Landesliste verrechnet werden.) Selbst wenn diese Einigung der Opposition zustande käme: kann eine so heterogene Opposition wirklich gemeinsam regieren? Der Versuch in West-Bengalen im Jahre 1971/72 ist binnen kurzem völlig zusammengebrochen. – Und schliesslich: wer ist hier Führer, wer Geführter? Ist J. P. Narayan vielleicht nur das Aushängeschild der Reaktion? Wedelt der Schwanz den Hund?

Gewerkschaften, Bauernverbände, Streiks

Die Gewerkschaftsbewegung bietet gleichfalls ein buntes Bild. Vier grosse Gewerkschaftszentralen wetteifern um die niedrigen Mitgliedsbeiträge der Industriearbeiter. Sie werden von verschiedenen politischen Richtungen unterstützt. Die mitgliederstärkste Zentrale steht der KPI nahe, eine der Konkurrenzpartei (KPI-M), eine Zentrale ist von den zwei sozialistischen Richtungen beeinflusst; die vierte folgt politisch dem Kongress und vertritt weitgehend Mahatma Gandhis Ideologie der Sozialpartnerschaft, des Verzichts auf Klassenkampf. 1968 gab es 584 allindische und 15 128 bundesstaatliche Gewerkschaftsverbände mit zusammen 5,1 Millionen Mitgliedern. Bei einer Bevölkerung von zirka 600 Millionen sind das allererste, sehr zersplitterte Anfänge von gewerkschaftlicher Organisation.

Die Fabriken bieten nur wenigen, dazu häufig unregelmässige Arbeit. Das hindert die berufliche Qualifikation und erleichtert die Polyvalenz, die Auswechselbarkeit der Arbeiter. Bei Millionen Arbeitslosen trägt alles dazu bei, die Löhne auf einem unvorstellbar niedrigen Niveau zu halten. 1971, im letzten Jahr, für das Statistiken vorliegen, betrug der Durchschnittslohn der 4,9 Millionen Fabrikarbeiter 238 Rs./Monat, damals etwa 100 DM! Sozialversicherungsschutz gibt es bisher nur für einige Gruppen. Kein Wunder, dass die Verhandlungsposition der Arbeiter schwach und die unternehmerische Macht noch fast uneingeschränkt ist. Also sind auch die Gewerkschaften sehr schwach, haben noch eine riesige Aufgabe vor sich, wenn sie den indischen Arbeitern menschenwürdige Bedingungen erkämpfen wollen.

Erstaunlich ist, dass trotz so ungünstiger Ausganglage ab und zu grosse Streiks geführt werden, die das ganze Land erregen und bewegen. Der grösste Ausstand seit langem war der erwähnte Eisenbahnerstreik, der 1974 für Wochen dieses Rückgrat des indischen

Verkehrs lahmlegte. Mit härtesten Massnahmen – Einsatz militärischer Streikbrecher, Inhaftierung von Hunderten Funktionären und von 20 000 Eisenbahnern – griff die Regierung durch und besiegte die Streikenden auf wenig sozialistische und wenig demokratische Weise.
Wesentlich ungeregelter geht es bei agrarischen Bewegungen zu. Zwar gibt es zwei grosse Bauernverbände unter Führung der konkurrierenden kommunistischen Parteien. Aber eine feste Organisation dürften beide nur in wenigen Gebieten haben, wie etwa in Kerala, wo Bildung und Bewusstsein hochentwickelt sind. Häufig handelt es sich bei dörflichen Aktionen mehr um Eruptionen, um Revolten von kurzer Dauer. Man besetzt das Land – mehr symbolisch; man verweigert die Pachtzahlungen; manchmal werden die Häuser der Grundbesitzer angezündet oder gar einer von ihnen getötet. Deren Aktionen sind meist wesentlich besser organisiert, viel folgenschwerer, verursachen grössere Verluste an Menschenleben. Die indische Presse ist frei genug, ausführlich über den blutigen, lokalen Terror der Herrschenden zu berichten. So zeigt auch das indische Dorf keine harmonische Einheit, sondern klare Trennungen und starke Spannungen.

Der Ausnahmezustand

Eine lange Querele zwischen Indira Gandhi und ihrem unterlegenen Gegenkandidaten Raj Narain, die seit den letzten Wahlen 1971 vor dem Gericht in Allahabad anhängig war, löste im Sommer 1975 eine Wende der Innenpolitik aus. Die Klage beruht auf einer Finte, einem Formfehler der Ministerpräsidentin im Wahlkampf. Sie hatte ihren Wahlkampfmanager 8 Tage zu spät aus seinem staatlichen Anstellungsverhältnis entlassen. Ihre Opponenten wenden sicher mehr korrupte Wahlpraktiken an. Als sie verurteilt wurde, ihr für mehrere Jahre die Fähigkeit zur Ministerpräsidentschaft aberkannt wurde, schlug sie zurück, liess den Ausnahmezustand erklären, die Führer der Opposition verhaften, einige Gesetze ändern, führte eine Pressezensur ein. Indien, bisher formal Musterbeispiel englischer, wohlerzogener Demokratie in einem riesigen Entwicklungsland, wurde nun in vielen westlichen Ländern zur brutalen Militärdiktatur oder zum Polizeistaat erklärt, ihre Gegner zu Märtyrern echter Demokratie, moralischer Vorbildlichkeit erhoben. Nichts wäre falscher als dieses Bild.
Hier soll keineswegs ein Loblied des Ausnahmezustandes angestimmt werden. Aber im weiten Indien ist er schwer mit Härte durchzuführen, besonders gegen die Angehörigen oberer Kasten. Viele der führenden Gegner Indira Gandhis waren in Ehrenhaft, in schönen Bungalows in guten Wohnvierteln und sind inzwischen wieder freigelassen. Ein Brahmine (Angehöriger der höchsten Kaste)

hackt dem anderen kein Auge aus. Da war die Polizei härter gegen die streikenden Eisenbahner. Und da war unsere bürgerlich-demokratische Presse stiller. Man möchte sich mehr Härte gegen die Nutzniesser der Armut und mehr Freiheit und Rechte für die Armen wünschen. – Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu sabotiert die oppositionelle Landesregierung offen die zentralen Massnahmen. Die Pressezensur ist im grossen ganzen noch weich. Einige besonders reaktionäre Zeitungen wurden geschlossen oder scharfer Kontrolle unterstellt. Ohne Zweifel ist die englischsprachige Presse zahmer und farbloser geworden.
Verwaltung und Innenpolitik wurden etwas elektrisiert, zu pünktlicher und schneller Arbeit angehalten. Manche Wucherer wurden verhaftet, einige Preise sanken vorübergehend. Nicht nur der Missbrauch durch höhere Beamte, auch die Schwerfälligkeit der Bürokratie sorgten dafür, dass die schwachen Anstösse von oben bald wieder verpufften und die alten Zustände sich wieder einstellen. Die geplanten radikalen Massnahmen in der Wirtschafts- und Agrarpolitik harren noch der Verwirklichung. Anfangs hatte es den Anschein, dass Frau Gandhi nach erfolgreichen inneren Massnahmen die allgemeinen Wahlen ausschreiben würde, die 1976 fällig wären. Nach der Tagung der Kongresspartei am Jahresende 1975 scheint es, dass eine andere Richtung eingeschlagen wird und der Ausnahmezustand aufrechterhalten bleibt.

Rückschläge in der Aussenpolitik

In der Innenpolitik dürfte Frau Gandhi relativ fest im Sattel sitzen. Sie scheint persönlich der klügste, stärkste und am wenigsten korrupte aller bürgerlichen Politiker zu sein. Aussenpolitisch hat sie dagegen 1975 einen harten Rückschlag hinnehmen müssen.
Im Gegensatz zur Nehruschen Aussenpolitik in der ersten Phase nach der Unabhängigkeit ist Indien heute eine der vier Weltmächte, schon allein durch die Grösse und Schwere seiner Probleme. Von manchen kleinen Nachbarn wird es nicht mehr als uneigennütziger Führer der Dritten Welt verehrt, sondern als Grossmacht gefürchtet. Es versucht, unklare Vorfelder zu klären, Grenzen zu «bereinigen». Sikkim wurde einverleibt, Pakistan in seine heterogenen Teile zerlegt. Dabei entstand unter indischer Geburtshilfe das unabhängige Bangladesh, das Armenhaus des armen Südasiens. Ökonomisch war das Bündnis für Indien eine Belastung, aber für clevere Grosskaufleute aus Kalkutta fette Beute. Bald hatten sie Partner in Bangladeshs obersten Rängen gefunden, mit denen sie die Beute teilten. Strategisch wäre dieser Staat eine günstige Lösung gewesen, wenn er im Bündnis mit Indien verblieben wäre.
Aber in Bangladesh ist Politik so fliessend wie die Insel des grossen Mündungsdeltas von Ganges und Brahmaputra. Am Ende der zahl-

reichen, sehr blutigen Putsche des Jahres 1975 scheint Indien seine Freunde verloren zu haben – und die Kaufleute von Kalkutta ihre sicheren Partner. Vermutlich orientieren sich die neuen Herren des Landes nach China und versuchen ihre Interessen gegen Indien durchzusetzen. Allerdings, um langfristig seine grossen, grundlegenden Probleme anzupacken, bedürfte das Land einer festen Zusammenarbeit mit China und Indien. Das scheint bei der gegebenen Grosswetterlage unrealistische Hoffnung. Indien hat hier aussenpolitisch eine Schlappe erlitten.

Entscheidend für die Menschen: die Innenpolitik

Die aussenpolitischen und militärischen Erfolge der Regierung in Neu-Delhi gaben einem jungen Nationalismus starken Auftrieb. Offenbar sind solche Siege viel leichter zu erringen als auf den Gebieten der so dringenden innenpolitischen Reformen. Kanonen statt Butter – wie lange kann diese Erfolgsformel hungrige Millionen oder Hunderte Millionen von ihren inneren Klassengegnern ablenken?
In der Agrarpolitik, der Sozialpolitik, dem Kampf gegen die Armut, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem geplanten Aufbau, in der Zerstörung des Kastenwesens und seiner unerträglichen Privilegien – in diesen Bereichen wird Indiens Zukunft entschieden, nicht mit äusseren, militärischen Erfolgen. Erfolg oder Misserfolg in den inneren Problemen wird auch das Urteil der ausgebeuteten Massen über ihre Regierungschefin Indira Gandhi bestimmen. Dieses Urteil wird gewichtiger sein als die juristische Entscheidung des höchsten Gerichtes, ob Frau Gandhi 1971 im Wahlkampf gesetzwidrig gehandelt habe. Das Gericht hat sie freigesprochen; das Urteil über die innenpolitischen Leistungen steht noch aus.